

Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt

Rund um das alternativen Kulturzentrum Reitschule in Bern sind in der Nacht auf Sonntag, 19. Mai 2019, von Unbekannten mehrere Strassenbarrikaden aufgestellt und teilweise in Brand gesteckt worden. Dabei sind mindestens zehn Polizisten vor der Berner Reitschule verletzt worden. Der städtische Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) vermutet die «gewaltextremistische linke Szene» als Urheber. Bereits in der Vergangenheit wurden bei ähnlichen Gewaltexzessen Feuerwehr- und Polizeiangehörige an Leib und Leben bedroht, körperlich attackiert und zum Teil auch physisch verletzt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat höflich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Stadtregierung der Auffassung, dass Bernische Polizei-, Sanitäts- und Feuerwehrangehörige bei den vergangenen Einsätzen im Grossraum Schützenmatte/Reitschule sowie bei Massenkundgebungen und Demonstrationen, ausreichend gut gegen die physische Gewalt von politischen Extremisten geschützt waren?
2. Wie will der Gemeinderat künftig verhindern, dass an den periodisch aufflammenden Krawallen rund um die Reitschule auch unbeteiligte Personen Opfer von Gewaltexzessen werden könnten?
3. Welche personellen und/oder organisatorischen Verbindungen bestanden, bzw. bestehen, zwischen den Betreibern der Reitschule und dem gewaltbereiten, linksextremen Milieu?
4. Welche Erkenntnisse hat die Stadtregierung über die Organisationsstrukturen von gewalttätigen Links- und Rechtsextremisten sowie gewaltbereiten religiösen und ethnischen Fanatikern in der Gemeinde Bern?
5. Mit welchen Massnahmen will der rot/grün-dominierte Gemeinderat künftig gegen die Militanz der gewaltbereiten, linksextremistischen Szene entgegenwirken oder nimmt er diese Gewaltexzesse wohl auch weiterhin hin?
 - 5.1 Wenn ja warum?
 - 5.2 Wenn nein warum?

Bern, 23. Mai 2019

Erstunterzeichnende: Thomas Glauser

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Henri-Charles Beuchat, Roger Mischler, Erich Hess, Hans Ulrich Gränicher, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat verurteilt die in der Nacht auf den 19. Mai 2019 verübten massiven Angriffe gewaltextremistischer Kreise auf die Polizistinnen und Polizisten in aller Schärfe! Die Anstifter und Täter dieser sinnlosen Gewalt müssen die volle Härte der Justiz zu spüren bekommen. Der Gemeinderat hofft, dass die gerichtspolizeilichen Untersuchungen und Justizverfahren erfolgreich sind.

Zu Frage 1:

Es kommt immer wieder zu sehr schwierigen Einsätzen im Gebiet der Reitschule und Schützenmatte. Dem Selbstschutz der Einsatzkräfte kommt dabei eine grosse Bedeutung zu. Der Gemein-

derat ist schockiert, mit welcher massiver Gewalt einzelne Täter gegen Menschen vorgehen. Die Sicherheit und der Schutz des intervenierenden Sicherheitspersonals haben für den Gemeinderat einen hohen Stellenwert. Trotz der Gewaltvorkommnisse hält der Gemeinderat es für wichtig, dass Diebstahl- und Raubdelikte auf der Schützenmatte geahndet werden, der Drogendeal aktiv bekämpft wird und die Polizei sichtbar präsent ist. Der Gemeinderat dankte den Einsatzkräften der Polizei für die Wahrnehmung dieses schwierigen Auftrags.

Zu Frage 2:

Letztlich kann solches nur mit polizeilichen Mitteln verhindert werden. Der Gemeinderat versucht seinerseits auf seinen Kanälen, die Sicherheit im Umfeld der Reitschule zu verbessern. Dazu gehören die regelmässigen Gespräche mit den Betreibern der Reitschule, die Belebung der Schützenmatte, die auch vom Gemeinderat unterstützte Forderung nach Bodycams und die Prüfung der Videoüberwachung, das Einwirken auf Reitschule und Regierungsstatthalteramt zugunsten eines tauglichen Sicherheitskonzepts und eines funktionierenden Sicherheitsdiensts etc.

Zu Frage 3:

Die Vorfälle in der Nacht auf den 19. Mai 2019 verdeutlichen, dass die Reitschule als Ort dieser sinnlosen Gewalt missbraucht wurde. Der Gemeinderat bedauert, dass Tätern bei Krawallen ein Rückzug in das Reitschulgebäude möglich ist. Er begrüsst, dass die Betreiber der Reitschule sich von den Tätern der Krawalle des 19. Mai 2019 öffentlich distanziert haben.

Zu Frage 4:

Die Stadt Bern verfügt über keine eigenen Nachrichtendienste. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Radikalisierung ist die Stadt Bern jedoch vernetzt und trägt aktiv zur Umsetzung von Massnahmen bei.

Die Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz hat zur verstärkten Wirksamkeit ihres Leistungsangebots zur Radikalisierungs-, Extremismus- und damit zusammenhängenden Gewaltprävention in Bern zwei Zusammenarbeitsgefässe, die Kerngruppe Extremismus sowie die Trendgruppe Extremismus, gegründet. Diese Gefässe kanalisieren Erfahrungs- und Anhaltspunkte und fördern den Informationsfluss der relevanten Akteure, die im entsprechenden Praxisfeld in der Stadt Bern massgeblich tätig sind. Durch diese Netzwerk-Strukturen ist gewährleistet, dass die Stadt Bern von Seiten Behörden nahe an den Entwicklungen in der Stadt dran ist, ein aktuelles und genaues Bild über die Problemstellungen und Vorkommnisse vorhanden ist und so laufend präventive Massnahmen zur Risiko- und Gefahrenverminderung veranlasst und umgesetzt werden.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat toleriert Gewalt, welchen Ursprungs sie auch immer ist, nicht und verurteilt diese ohne Wenn und Aber. Das Gewaltmonopol zur Verhinderung und Unterbindung von Gewalttaten liegt einzig bei den polizeilichen Behörden. Gegen gewaltextremistische Vorbereitungshandlungen bedürfte es einer Verschärfung des Bundesnachrichtendienstgesetzes, das nicht nur den Terror, sondern auch den Gewaltextremismus miterfasst.

Der Gemeinderat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin, wie in Antwort zu Frage 2 ausgeführt, alles unternehmen, um die Sicherheit zu erhöhen und Gewalt zu verhindern.

Bern, 18. September 2019

Der Gemeinderat